

Mehmet Turgut gedenken!

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN rufen gemeinsam mit vielen anderen Gruppen und Initiativen zur Teilnahme an der Gedenkkundgebung für Mehmet Turgut auf, die am Montag, 25. 2., um 15.30 Uhr im Neudierkower Weg in Rostock, anlässlich des neunten Todestages von Mehmet Turgut stattfindet.

Wir fordern die Hansestadt Rostock auf, zum Gedenken an den am 25. Februar 2004 von der neonazistischen Terrorgruppe "Nationalsozialistischer Untergrund" (NSU) in Rostock-Toitenwinkel ermordeten Mehmet Turgut, endlich einen Gedenkstein zur Erinnerung an das Opfer der rassistischen Mordserie zu errichten, wie bereits im April letzten Jahres von der Rostocker Bürgerschaft beschlossen.

Desweiteren setzen wir uns dafür ein, dass mit dem Setzen des Steins keineswegs ein Ende des Gedenkens erfolgen darf. Wir wollen für ein verstetigtes Gedenken streiten und werden uns dafür engagieren, einen Prozess des Gedenkens anzustoßen, der gemeinsam mit Bürger_innen, Initiativen und Verbänden besprochen wird und weitere Formen und Orte des dauerhaften Gedenkens entwickelt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern eine aktive Auseinandersetzung nicht nur mit den rassistischen Gewalttaten und der Ideologie der extremen Rechten, aus der der NSU entsprang, sondern auch mit den rassistischen Einstellungen in der Mehrheitsgesellschaft, die erst ein entsprechendes gesellschaftliches Klima erzeugen konnte, das diese menschenverachtende Mordserie ermöglichte.

Die zuständigen Behörden, in denen rassistische Ressentiments ebenso verankert sind, waren blind gegenüber den Täter_innen und deren Hintergründen. Dies führte dazu, dass sogar die Angehörigen der Opfer zur Zielscheibe von Verdächtigungen und haltlosen Beschuldigungen wurden, während die wahren Täter_innen über Jahre hinweg weiter mordend und raubend durch die gesamte Bundesrepublik ziehen konnten. Die Ignoranz gegenüber dem Rassismus ist einmal mehr Ausdruck einer immer noch von manchen Gruppen und Medien geschürten Fremdenfeindlichkeit sowie einer zu schwachen politischen und zivilgesellschaftlichen Gegenwehr.

Daher fordern wir auch eine stärkere finanzielle Unterstützung entsprechender zivilgesellschaftlicher Initiativen durch das Land und die Kommunen.

Der Kampf gegen Rechtsextremismus, Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit in Politik, Behörden und Gesellschaft bleibt einer der zentralen Schwerpunkte GRÜNER Politik.